LZ-Rheinland

Artikel vom 07.08.2023 · Ausgedruckt am 28.11.2026, 09:23 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/kommentar-woher-sollen-unsere-produkte-in-zukunft-kommen

Kommentar: "Woher sollen unsere Produkte in Zukunft kommen?"



Thomas Kühlwetter: "Klimaveränderungen und Wassermangel werden den Anbau von Sonderkulturen in einigen wichtigen Anbauregionen in Zukunft deutlich erschweren."

Im Juli wüten auf der Insel Rhodos und in anderen südlichen Gebieten und Regionen die Feuer, Temperaturen über 45 °C machen den Alltag dort und das Leben für Menschen, Tiere und Pflanzen schwer und manchmal unerträglich. Nach einem Hitzerekord im Juni erleben weite Teile Europas einen ihrer heißesten bzw. den heißesten Juli seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

In weiten Teilen Spaniens führen Hitze und ausbleibende Niederschläge zur Austrocknung von Böden, Flüssen und Wasser speichern. Das Thema wird nicht nur hier diskutiert, es ist auch in einigen Regionen Spaniens zu einem großen Politikum, das maßgeblich auch den Wahlkampf beeinflusst, geworden. Würde die Temperatur um 2 °C ansteigen, wären nach vorläufigen Prognosen über 60 % der Fläche Spaniens versandet.

Ein ähnliches Bild wie in Spanien zeigt sich in anderen Regionen des Südens. Die Folgen sind weitreichend. Betrachtet man nur einmal die Auswirkungen auf die Versorgung Europas mit Obst und Gemüse, so sind schon jetzt die Folgen spürbar. In Deutschland beträgt der Selbstversorgungsgrad bei Obst 20 %. Im vergangen Jahr wurden ca. 6,2 Mio. t Obst nach Deutschland importiert. Darunter sind natürlich auch Bananen oder Zitrusfrüchte, die hier wohl auch in absehbarer Zeit nicht angebaut werden können. Es sind aber auch zahlreiche Stein und Beerenobstarten oder Äpfel, die meist zeitversetzt zur deutschen Saison, bedauerlicherweise aber auch häufig während der einheimischen Saison, weil die Produktion in Spanien, Marokko, Italien, der Türkei,..., kostengünstiger zu erstellen ist, eingeführt werden.

Beim Gemüse ist die Bilanz ähnlich, wenn auch nicht ganz vergleichbar, denn mit 36 % liegt die Selbstversorgung etwas höher als beim Obst. Die Niederlande und Spanien sind beim Import nach Deutschland die größten Handelspartner. 46 % des nach Deutschland importierten Gemüses stammt aus EUStaaten. Lediglich beim Weiß und Rotkohl übertrifft die deutsche Produkten mit 112 % den Grad der Selbstversorgung. Und obwohl die Tomate mit einem Jahresverbrauch von ca. 30 kg/Person die beliebteste Gemüseart der Deutschen ist, liegt der Selbstversorgungsgrad bei lediglich 3,5 %.

Für Branchenkenner sind diese Zahlen sicher nicht neu, obwohl sie immer wieder verdeutlichen, wo wir uns mit der heimischen Produktion befinden. Spricht man mit Verbrauchernoder Politikern und wichtigen Entscheidungsträgern, die mit ihrem Handeln in hohem Maße bestimmen, wie die Rahmenbedingungen von Gegenwart und Zukunft gestaltet werden, so gewinnt man leider häufig den Eindruck, dass Ihnen wesentliche Hintergründe fehlen oder die Zusammenhänge nicht erkannt werden.

Dies ist besonders dann bedauerlich wenn es um Fragen der Wettbewerbsfähigkeit geht. Wenn Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir z.B. den Entwurf der EUKommission einer neuen Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Sustanible Use Regulation SUR) als in dieser Form für Deutschland nicht umsetzbar bezeichnet, ist dies zunächst ein mal positiv zu bewerten. Der Äußerung des Ministers ist ein intensiver fachlicher Austausch, an dem Branchenverbände wesentlichen Anteil hatten und haben, vorausgegangen. „Es wurden handwerkliche Fehler begangen, z.B. bei der Ausweisung sensibler Gebiete. Wenn die Verordnung so umgesetzt würde, gäbe es in Deutschland wahrscheinlich keinen Weinbau und keine Sonderkulturen oder deren Anbau könnte nur noch auf wenigen Flächen stattfinden. Das kann nicht unser Ziel sein“, betonte der Minister vor wenigen Tagen bei einem Termin am Pfalzmarkt.

Nicht vergessen darf man in der heftig geführten Debatte um SUR jedoch, dass z.B. die für die Grünen in Österreich ins EU Parlament entsandte Abgeordnete Sarah Wiener,

Berichterstatterin der EUKommission, für den Vorschlag ist und diesen inhaltlich vehement verteidigt, jüngst sogar eine weitere Verschärfung gefordert hat.

Dies ist sicher nur ein Beispiel dafür, wie stark die Fronten zwischen politischer Zielsetzung und Äußerungen erfahrener Branchenkenner voneinander abweichen. Klar sollte jedoch allen Beteiligten sein, dass die Vorzeichen sich gegenwärtig deutlich verschieben – dies gilt nicht nur für das Klima, das den Anbau von Sonderkulturen in einigen wichtigen Regionen Europas erschweren oder unmöglich machen könnte. Der Schutz der Umwelt muss in der Gegenwart und Zukunft für uns alle höchsten Stellenwert haben, die Ernährungssicherung dabei aber nicht auf der Strecke bleiben. Dies muss allen Verantwortlichen bewusst sein.

Artikel aus GP 08/23